

Presse- Information

**Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt**
Bezirksverband Nordbaden
Hans-Böckler-Str. 3 • 68161 Mannheim

3. April 2018



Foto: IG BAU
[Das Bild ist in Druckqualität angehängt.
Der Abdruck des Fotos ist honorarfrei.
Ein Foto-Nachweis ist nicht erforderlich.]

Andreas Harnack 07 11 – 22 83 36
Regionalleiter Baden-Württemberg

Wolfgang Kreis
Bezirksvorsitzender
Telefon 06 21 – 123 46 99 – 0
Fax 06 21 – 123 46 99 - 9

mannheim@igbau.de
www.igbau.de

Bild-Unterzeile

Wenn der Zoll auf die Baustelle kommt, haben die Beamten oft etwas zu bemängeln. Nach Einschätzung der IG BAU Nordbaden kommt ein Großteil der schwarzen Schafe jedoch „ungeschoren“ davon – weil engmaschige Kontrollen fehlten.

Schwarzarbeit und Lohn-Prellerei im Rhein-Neckar-Kreis

Karlsruher Zöllner kontrollierten im letzten Jahr 350 Baufirmen

Schwarzarbeit im Fokus: Baufirmen im Rhein-Neckar-Kreis sollen häufiger Besuch vom Zoll bekommen. Dies fordert die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) mit Blick auf neue Zahlen des Bundesfinanzministeriums. Danach kontrollierten Beamte im Bereich des zuständigen Hauptzollamts Karlsruhe im vergangenen Jahr insgesamt 350 Bauunternehmen – das sind rund 9 Prozent weniger als im Vorjahr. Hierbei leiteten die Zöllner 46 Ermittlungsverfahren wegen nicht gezahlter Mindestlöhne ein. Der Schaden wegen hinterzogenen Steuern und Sozialabgaben belief sich auf rund 11,61 Millionen Euro.

Die IG BAU Nordbaden nennt die Zahlen „alarmierend“. Der Anteil schwarzer Schafe in der Baubranche sei nach wie vor sehr hoch. „Selbst dabei ist noch von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen. Viele Dumping-Firmen gehen nicht ins Netz des Zolls, weil die Beamten mit den Kontrollen überhaupt nicht hinterherkommen“, sagt IG BAU-Bezirksvorsitzender Wolfgang Kreis.

Angesichts des aktuellen Bau-Booms sei davon auszugehen, dass auch die illegale Beschäftigung stark zugenommen habe. „Das Ausmaß krimineller Machenschaften in der Branche ist enorm. Deshalb müssen die Behörden auch im Rhein-Neckar-Kreis noch viel stärker kontrollieren“, so Kreis.

Hierfür benötige der Zoll jedoch deutlich mehr Personal – auch beim Hauptzollamt Karlsruhe. „Für eine effektive Ermittlung brauchen wir Manpower“, erklärt Kreis. Die IG BAU fordert bundesweit mindestens 10.000 Beamte bei der FKS. Zuletzt waren lediglich gut 6.400 FKS-Planstellen besetzt.

Die Zollbilanz geht aus einer Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Beate Müller-Gemmeke (Grüne) hervor. Um mehr Möglichkeiten im Kampf gegen Schwarzarbeit zu haben, schlägt die IG BAU die Schaffung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften in allen Bundesländern vor. Auch die Gewerkschaften könnten an den Kontrollen beteiligt werden. „Die Schweiz hat damit gute Erfahrungen gemacht“, sagt Kreis. Nach dem „Genfer Modell“ machen dort Gewerkschaften und Arbeitgeber gemeinsame Kontrollen auf Baustellen.